
Die Transformation der russischen Ökonomie: auf dem Wege zur Marktwirtschaft?

Vladimir Pankov

Gegenwärtig befindet sich die Ökonomie Rußlands in einem sehr tiefgreifenden und turbulenten Prozeß, dessen offiziell proklamierte Fahrtrichtung die Marktwirtschaft sein soll.

Bekanntlich ist die Marktwirtschaft eine Mischung aus Märkten und Institutionen, die in einer engen Interdependenz funktionieren. Inwiefern ist es bisher der politischen Führung Rußlands gelungen, das Land im Rahmen der grundlegenden Wirtschaftsreform zur Formierung fundamentaler Elemente der Marktwirtschaft zu führen?

1. Zur Konzeption der Reform

Die Wirtschaftsreform wurde m. E. verkehrt konzipiert, obwohl ihre wesentlichen Aspekte in ihrer Gesamtheit kaum zu bezweifeln sind. Man begann mit der Preisfreigabe, ohne selbst minimale Ansätze einer funktionstüchtigen marktwirtschaftlichen Infrastruktur zu schaffen. Man hat illusorisch angenommen, daß folgende Kette zur Geltung kommen würde: Preisfreigabe – Preissteigerungen – höhere Anreize für die Produzenten – Vergrößerung des Produktionsvolumens – größeres Angebot auf den Märkten – Stabilisierung der Preise oder deren Rückgang. Aber die beschriebene Kausalkette entfaltet sich nur in einer mehr oder weniger gesunden und offenen Wirtschaft. Schwerwiegend, aber nicht verheerend fällt die Preisfreigabe in den ehemaligen Planwirtschaften aus, wo relatives Gleichgewicht auf dem Markt gegeben war. Das war in Ungarn und in der ehemaligen Tschechoslowakei der Fall, wo die Preise nach ihrer Freigabe Steigerungen von unter 100 Prozent aufwiesen.

Anders in Rußland, dessen Wirtschaft krank, äußerst defizitär, hochmonopolisiert und gegenüber dem „fernen Ausland“ (d. h. den Ländern außerhalb der ehemaligen Sowjetunion) nach wie vor autark ist. Vor der Preisfreigabe herrschte auf dem russischen Markt eine starke Übernachfrage. So nimmt es nicht wunder, daß hier eine ganz andere Kette zustande kam: Preisfreigabe – ungezügelter Preisexplosion – Drosselung der Produktion durch Monopolisten und viele andere Betriebe, die defizitäre Produkte herstellen – Verringerung des Angebots – Hyperinflation und gravierende Wirtschaftskrise. Unter den beschriebenen Ausgangsbedingungen für die Wirtschaftsreform mußte man sehr behutsam vorgehen und durfte sich nicht mit dem Kopf voran ins Wasser stürzen. Dazu brauchte man jedoch viel Sachverstand und Kompetenz bezüglich der Ausstattung und der Interdependenzen der Marktwirtschaft, die man erreichen wollte. Das fehlte aber fast allen Mitgliedern der Mannschaft von J. Gaidar, die sich nie hauptberuflich mit den westlichen Marktwirtschaften beschäftigt hatten (es sei denn mit Ausnahme von Außenwirtschaftsminister P. Awen, der jedoch keinen Ruf eines Spitzenwissenschaftlers hatte). Die ungenügende Kompetenz der Regierung in Sachen Marktwirtschaft hat auch J. Gaidar indirekt zugegeben, obwohl er das bestimmt nicht wollte: „Insgesamt hat sich unser Verständnis der Ökonomie bestätigt. Diese ‚Maschine‘ benimmt sich ungefähr so, wie das erwartet wurde. Es gibt jedoch Nuancen. Wird z. B. das Gaspedal betätigt, so springt sie ab 30 km/h gleich auf 100 km/h und nicht auf 50 km/h, wie wir angenommen hatten“(1). Solche „Nuancen“ hätte sich eine kompetentere Mannschaft bestimmt ersparen können, abgesehen davon, daß die gesamte Gaidarsche Vorstellung von der „Maschine“ unbestätigt geblieben ist.

So sitzt Rußland heute zwischen zwei Stühlen: keine Planwirtschaft mehr und noch keine Marktwirtschaft, was die wichtigste Ursache der heutigen, erschütternden Krise ist.

2. Die Herausbildung der Märkte

Die heutige Pattsituation – weder Planwirtschaft noch Marktwirtschaft – ist das „Verdienst“ nicht nur der Gaidarschen Regierung. Der Autor dieses Artikels versuchte nachzuweisen, daß seit Anfang der siebziger Jahre in der UdSSR eine fortwährende Aushöhlung der Planwirtschaft vor sich ging, ohne die Marktwirtschaft aufzubauen. So war die sowjetische Ökonomie zu Beginn der „Perestroika“ eine „Quasi-Planwirtschaft mit mehreren Marktsegmenten, jedoch ohne einen hochentwickelten Markt“(2). In Rußland ist daher ein Markt bisher auch nicht entstanden. Dennoch vollzieht sich die Herausbildung wesentlicher Elemente aller drei Teilmärkte:

Am weitesten fortgeschritten ist die Entwicklung des *Warenmarktes*. Die direkte staatliche Zuteilung und Rationierung von Grundstoffen und Investitionsgütern ist fast so gut wie ad acta gelegt. Die Betriebe

müssen selber dafür sorgen, ihre Lieferanten bzw. Abnehmer zu finden, gegenseitig Geschäftskonditionen auszuhandeln und miteinander entsprechende Verträge zu schließen. Leider vollzieht sich dieser Prozeß bisher ziemlich ungeordnet, ja chaotisch. Das Zusammenkommen der Kontrahenten ist häufig, vielleicht auch überwiegend zufällig.

Das ist darauf zurückzuführen, daß das für die Marktwirtschaft normale System des Großhandels noch nicht einmal in Ansätzen existent ist. Die Warenbörsen spielen zwar schon eine bedeutende Rolle bei der Allokation von Ressourcen, können aber wesenseigen einen geordneten Großhandel nicht ersetzen. Die sich auf russischen Warenbörsen abspielenden Geschäfte haben in der Regel einen spontanen Charakter. Es fehlt ein System von fest in der Wirtschaft etablierten, hochqualifizierten Vermittlern, an die sich diverse Betriebe bei der Suche nach Lieferanten bzw. Abnehmern wenden könnten. Es muß also schnellstmöglich die Herausbildung einer Schicht von Akteuren ähnlich den westlichen Distributoren gefördert werden.

Übrigens ist die gegenwärtige „Inflation“ der Zahl von Warenbörsen (es gibt etwa 4500 davon!) ein Indiz für die Unterentwicklung der marktwirtschaftlichen Verhältnisse. Bekanntlich sind in den entwickelten – westlichen – Marktwirtschaften die Börsen ihrer relativen Bedeutung nach so zu ordnen: Wertpapierbörsen, Devisenbörsen, Warenbörsen. Niemand kommt hier auf die Idee – wie in Rußland –, auf den Warenbörsen mit Investitionsgütern oder Automobilen zu handeln. In Rußland ist die Reihenfolge verkehrt. Dominierend im Börsenwesen sind eindeutig die Warenbörsen, während die Effekten- und Devisenbörsen wenig nennenswert sind.

Mit der Marktwirtschaft ist auch die vorhandene Eigentumsstruktur des Einzelhandels nicht vereinbar. Das ist aus der nachfolgenden Tabelle 1 ersichtlich, in der Einzelhandelsbetriebe unterschiedlicher Eigentumsformen nach ihrem Anteil (in v. H.) am Warenumsatz ausgewiesen sind.

Tabelle 1:

Eigentumsformen der Einzelhandelsbetriebe (Anteile in Prozent)

	1991	1992
Staatliche	74	69
Konsumgenossenschaftliche	22	19
Private	1,4	8
Betriebe sonstiger Formen	0,5	1
Industriebetriebe	2,1	3

Quelle: Ekonomika i Shisn 3 (1993)

Die Preisfreigabe am 2. Jänner 1992 (abgesehen davon, daß sie m. E. nicht rechtzeitig und in falscher Gangart durchgeführt wurde) wird langfristig zweifellos zur Herausbildung eines echten Warenmarktes beitragen. Das System der „sozialistischen“ staatlichen Preisregulierung und -festsetzung, das ohnehin in der UdSSR sehr lückenhaft, labil und wenig funktionstüchtig war, ist total zerstört. Jeder Versuch, es nur auch teilweise wiederherzustellen, ist zum Scheitern verurteilt. Davon zeugen eindeutig die Ereignisse im Jänner 1993.

Am 31. Dezember 1992 hat die Regierung unter dem neuen Premier W. Tschernomyrdin die Verordnung über die Preisregulierung erlassen, die sich „auf alle Betriebe unabhängig von organisationsrechtlichen Formen und der amtlichen Zugehörigkeit“ beziehen und bei „ihrer Realisierung auf dem ganzen Territorium der Russischen Föderation“ wirken sollte (3). Die Verordnung legte Rentabilitätslimits für die absolute Mehrzahl der Warengruppen fest, wodurch die Preise gebremst werden sollten. Dieses Dokument ist ein typisches Beispiel der Utopie und des Wunschdenkens, denn nach der Vernichtung der Planwirtschaft verfügt der Staat über gar keine Instrumente mehr, die Preise und die Rentabilität direkt zu steuern und zu kontrollieren. Es nimmt nicht wunder, daß bereits am 11. Jänner die Regierung die genannte Verordnung außer Kraft setzen mußte. Um die Preise positiv zu beeinflussen, ohne sich dabei lächerlich zu machen, hat der Staat nur zwei reale Möglichkeiten: aktiv die Produktion zu fördern und einen Mechanismus der indirekten Preisregulierung ähnlich dem westlichen so bald wie möglich zu errichten.

Weniger fortgeschritten als auf dem Warenmarkt ist die Entwicklung des *Geld-, Kredit- und insbesondere des Kapitalmarktes*. Es sind massenweise private (bisher am häufigsten in der Form geschlossener AG) Geschäftsbanken entstanden, die vorwiegend im Kreditgeschäft aktiv sind. Jedoch hat die absolute Mehrzahl von ihnen keine hohe Bonität und keinen überregionalen (oder gar überlokalen) Charakter in ihrer Geschäftstätigkeit. Es ist im Bereich der Geschäftsbanken bisher kein zusammenhängendes System des Kundendienstes entwickelt worden. Zwischen den Geschäftsbanken gibt es nur schwache Ansätze einer echten Konkurrenz. Sie haben es nicht vermocht, die Steigerung und die strukturelle Umwälzung der Produktion zu fördern, und begnügen sich meistens damit, die Knappheit der Kreditmittel dazu auszunutzen, quasi Wuchergewinne zu kassieren. So betragen die Zinsen für die Monatskredite an Betriebe 160 bis 180 Prozent und mehr, was für den westlichen Leser unvorstellbar ist.

Unter diesen Bedingungen hat die Zentralbank Rußlands beschlossen, im Laufe des Jahres 1993 die sogenannte Zertifikation (d. h. de facto Neuerfassung und -zulassung) von Geschäftsbanken durchzuführen. Das wird damit begründet, daß diese Banken eine ungenügend aktive Rolle spielten, weniger als 50 Prozent der Mittel für die Volkswirtschaft besorgten, sich mit der Vermittlertätigkeit zufriedengaben und sich in Rentiers verwandelten (4). Als minimales Stammkapital sollten 500 Mil-

lionen Rubel festgesetzt werden. Strengere Auflagen sollen den Gründern auferlegt werden.

Der Entwicklung des Kreditmarktes stehen gravierende objektive Umstände entgegen, u. a. folgende:

- a) Die Preisfreigabe und die Hyperinflation haben die Ersparnisse der Bevölkerung fast total entwertet. Das Sparen ist gegenwärtig weitgehend sinnlos. Wie immer in einer Hyperinflation strebt die Bevölkerung danach, ihre laufenden Einkünfte schnellstmöglich loszuwerden und in Sachwerte zu flüchten. Das führt zur Schrumpfung der realen Kreditmasse.
- b) In die gleiche Richtung wirkt die sehr schlechte Ertragslage oder gar Verlustwirtschaft der meisten Betriebe, die daher keine Ersparnisse bilden können.
- c) Schlechte technische Ausrüstung der Geschäftsbanken und ihr Mangel an hochqualifiziertem Personal, was die zügige und effiziente Abwicklung der Kreditgeschäfte verhindert.
- d) Mangelhafte Zentralbankpolitik, worauf noch einzugehen ist.

In Rußland gibt es bisher nur Keimformen eines Wertpapiermarktes, was eigentlich nicht anders sein kann, da aufgrund der holpernden Privatisierung das Angebot an Effekten gering bleibt.

Die ersten Aktien, die 1989 bis 1991 zur Emission gelangten, wurden von Zentralen oder Filialen der jeweiligen Emittenten in der Regel an die Käufer, ob juristische oder natürliche Personen, direkt verkauft. Diese Wertpapiere wurden, falls sie gute Erträge brachten, meistens nicht zum Wiederverkauf angeboten. Nur zaghaft entwickelt sich das für eine Marktwirtschaft normale System der Zirkulation von Wertpapieren. Eine förderliche Wirkung darauf kann der Erlaß von B. Jelzin vom 7. Oktober 1992 ausüben, der die Herausbildung mehrerer Elemente des Wertpapiermarktes anstrebt.

In den nächsten zwei bis drei Jahren, wenn die Privatisierung (siehe Abschnitt 3) in der Tat in Schwung kommen werden dürfte, wird bei der Erstplazierung von Aktien der privatisierten Betriebe den Aktienversteigerungen die Hauptrolle zukommen. Um den bisher vorwiegend lokalen Charakter dieser Prozeduren zu überwinden, sollen überregionale Auktionszentren, zunächst in Moskau und in St. Petersburg, errichtet werden. Als besonders aktive Nachfrager nach Aktien werden die entstehenden Investmentfonds sowie die Geschäftsbanken fungieren. Wenn aber die Privatisierung im wesentlichen abgeschlossen sein wird (bestimmt nicht vor Mitte der neunziger Jahre), muß ein nach westlichem Muster aufgebauter Effektenmarkt mit Wertpapierbörsen als Hauptinstitutionen formiert sein, auf denen Effekten frei ver- und gekauft werden können. Bisher gibt es kein System von Wertpapierbörsen. Eine mehr oder weniger ins Gewicht fallende Rolle spielt nur die Moskauer zentrale Effektenbörse.

Festzustellen sind Ansätze zur Herausbildung des *Arbeitsmarktes*, wofür bekanntlich mindestens zwei Voraussetzungen notwendig sind: das Vorhandensein eines Reservoirs nichtbeschäftigter Arbeitskräfte

(natürlich muß dieses Reservoir aus sozialpolitischen und menschenrechtlichen Gründen in Grenzen gehalten werden und im Idealfall in etwa das heutige österreichische Niveau nicht übersteigen) und freie Fluktuation der Arbeitnehmer. Im Erbe des „realen Sozialismus“ fehlen beide Elemente gänzlich, denn es wurde eine künstliche Vollbeschäftigung herbeigeführt, wobei die arbeitenden Menschen nicht die Möglichkeit hatten, sich nach ihrem Ermessen um einen Arbeitsplatz zu bewerben.

Im November 1992 wurden in Rußland 1,014 Millionen Nichtbeschäftigte offiziell registriert, wovon 517.900 als Arbeitslose anerkannt wurden (1,2 Prozent bzw. 0,6 Prozent der Erwerbstätigen). 1993 und 1994 wird die Arbeitslosenquote vermutlich die für den Westen typischen Werte erreichen. Es ist im Hinblick auf einen funktionierenden Arbeitsmarkt dringend notwendig, ein effizientes System der Arbeitslosenversicherung und -umschulung aufzubauen.

Um eine freie Fluktuation der Arbeitskräfte zu gewährleisten, ist es vor allem erforderlich, den Wohnraummarkt aufzubauen. Bisher wurden die Wohnungen vom Staat an die Bürger unter Mietbedingungen zugeteilt, wobei der Staat Eigentümer der Wohnräume blieb. Selbst die Mitglieder von Wohngenossenschaften, die den Bau ihrer Wohnungen voll bezahlt hatten, konnten über sie nicht frei verfügen und schon gar nicht verkaufen.

Nun wurde mit der Privatisierung des Wohnungsbestands begonnen, wobei die Bürger die Wohnungen, die sie bisher gemietet haben, sich unentgeltlich aneignen dürfen. Sehr viele Bürger wagen aber die Privatisierung ihrer Wohnungen immer noch nicht, da sie an die Willkür der Behörden gewöhnt sind und deshalb z. B. die Einführung konfiskatorischer Vermögensteuern und eine unberechenbare Veränderung dieser Steuern aus rein fiskalpolitischen Erwägungen fürchten.

Zum Aufbau des Arbeitsmarktes gehört die Abschaffung eines schandhaften, quasi feudalen Phänomens wie der staatlichen Einzugs-genehmigung („Propiska“), was in Aussicht gestellt, jedoch nicht verwirklicht wurde.

Die Prozesse auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse besitzen eine große Trägheit, weil sie die Menschen besonders stark treffen. Aus diesem Grunde ist anzunehmen, daß das Werden des Arbeitsmarktes in Rußland mehr Zeit als das des Waren- und Kapitalmarktes in Anspruch nehmen wird.

3. Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse (5)

Ohne die Rolle der staatlichen Kapitalbeteiligungen in der Marktwirtschaft herabzumindern, ist hervorzuheben, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln in verschiedenen Formen (individuelles, GmbH, AG etc.) die entscheidende Institution und das Kernelement der marktwirtschaftlichen Ordnung ist. Die Gaidarsche Regierung hat jedoch bis

Ende 1992 keine weitreichende Privatisierung initiieren können, obwohl dafür seit Juli 1991 grundlegende rechtliche Voraussetzungen gegeben waren.

Den *juridischen Rahmen* für die fundamentale marktwirtschaftliche Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse bilden vor allem das Gesetz über die Privatisierung staatlicher und gemeindeeigener Betriebe vom 3. Juli 1991 und die jährlich vom Obersten Sowjet zu verabschiedenden staatlichen Privatisierungsprogramme. Dazu sollte zunächst auch das Gesetz über die persönlichen Privatisierungskonten und -einlagen gehören (ebenfalls vom 3. Juli 1991), welches allerdings de facto außer Kraft gesetzt worden ist.

Das Programm wird vom Staatskomitee der Russischen Föderation für die Verwaltung des Staatseigentums ausgearbeitet. Dieses Komitee, das Vertretungen in den einzelnen Regionen hat (in den Teilrepubliken heißen sie republikanische Komitees), leitet den ganzen Privatisierungsprozeß. Als unmittelbarer Verkäufer staatlicher Betriebe tritt der Russische Fonds des Bundeseigentums (bzw. seine regionalen Vertretungen und analoge Fonds in den Teilrepubliken) auf.

Als *Formen* der Privatisierung gelten die offene Versteigerung, die geschlossene Versteigerung und der Wettbewerb, wobei die erste für „kleine Privatisierungen“, die zweite und dritte für mehr oder weniger große Betriebe vorgesehen sind.

Der Vorgang bei einer offenen Versteigerung ist traditionell und dem westlichen Leser wohlbekannt.

Eine geschlossene Versteigerung wird von einer dafür zuständigen Kommission ausgeschrieben. Von ihr wird die Frist (in der Regel ein Monat) zum Vorlegen von Angeboten festgesetzt. Die Angebote juristischer und natürlicher Personen, die einen Preisvorschlag enthalten, werden der Kommission in zugeklebten Kuverts eingereicht. Die Kuverts werden von der Kommission spätestens drei Tage nach dem Endtermin für das Einreichen der Angebote geöffnet. Als Sieger und Käufer wird derjenige anerkannt, der den höchsten Preis vorgeschlagen hat.

Der Verkaufsvorgang bei einem Wettbewerb ist grundsätzlich derselbe wie bei einer geschlossenen Versteigerung. Der eigentliche Unterschied besteht vor allem darin, daß bei einem Wettbewerb den Teilnehmern ökonomische, ökologische, sozialpolitische oder sonstige Auflagen vorgegeben werden, was bei einer geschlossenen Versteigerung nicht der Fall ist. Als Auflagen können z. B. gelten: Erhaltung oder Vergrößerung der Beschäftigtenzahl; Entwicklung neuer, aussichtsreicher Erzeugnistypen; Verringerung der Schadstoffemission; sozialpolitische Verpflichtungen gegenüber der Standortgemeinde etc.

In Rußland gibt es kaum natürliche Personen ohne kriminellen oder schattenwirtschaftlichen Hintergrund, die sich bei Versteigerungen oder Wettbewerben große Betriebe oder kontrollbringende Aktienpakete zu legen könnten. Es ist deshalb anzunehmen, daß für den Erwerb solchen Kapitals zunächst vorwiegend Geschäftsbanken, Warenbörsen und vor allem die nach dem westlichen Muster (Investment Co) errichteten In-

vestmentfonds, welche die Mittel der Bevölkerung akkumulieren und sie in fremde Wertpapiere anlegen, in Frage kommen.

Für die *Teilnahme der Bevölkerung* an der Privatisierung sind mehrere Möglichkeiten, abgesehen von dem gewöhnlichen Kauf von Aktien gegen Geld, gegeben.

Alle erwachsenen Bürger Rußlands erhalten zunächst Privatisierungsschecks (Vouchers) im Wert von 10.000 Rubel, wofür Aktien diverser Aktiengesellschaften gekauft werden können. Um den Bürgern zu helfen, ihre Vouchers effizient einzusetzen, werden Vouchers-Investmentfonds errichtet. Diese Fonds tauschen ihre eigenen Aktien gegen Vouchers aus und verwenden diese Vouchers für den Kauf von Aktien vieler Betriebe. Durch so eine Streuung des Fonds-Besitzes an fremden Aktien soll für kleine Voucher-Eigentümer eine Stabilisierung des Einkommens aus ihren Wertpapieren erreicht werden.

Auf den ersten Blick könnte man diese Reformmaßnahme positiv bewerten. Bei einer näheren Betrachtung stößt man jedoch auf gravierende Probleme. Erstens ist der Wert der Vouchers bei dem heutigen Stand der Inflation quasi symbolisch.

Zweitens sind die Vouchers im Gegensatz zu den im vorjährigen Gesetz vorgesehenen Privatisierungskonten frei käuflich und verkäuflich. Und die „Mafia“ ist dabei, breiten Bevölkerungsschichten (insbesondere den Pensionisten), die von der Hand in den Mund leben, die Vouchers zu Spottpreisen abzukaufen. Viel gerechter und ökonomisch sinnvoller wäre es, beim Modell der Privatisierungskonten zu bleiben, welches dem tschecho-slowakischen Koupon-Modell nahekommt. Übrigens können sich die Tschechen und Slowaken gegen ihre Koupon-Bücher relativ große Anteile erwerben, jedenfalls bedeutend größere als die Russen.

Für die Belegschaften relativ großer, in Aktiengesellschaften zu verwandelnden Betriebe sind gewichtige Vorteile gegenüber anderen Bevölkerungsschichten (und das ist sehr fragwürdig) vorgesehen. Sie können unentgeltlich 25 Prozent des Aktienkapitals ihres Unternehmens als Namensaktien ohne Stimmrecht erhalten. Weiterhin kann die Belegschaft (einschließlich der früher zu ihr gehörenden Pensionisten) 10 Prozent des Aktienkapitals als normale Aktien mit Stimmrecht und einem Rabatt von 30 Prozent ihres Nominalwertes erwerben. Den leitenden Angestellten wird das Recht garantiert, sich 5 Prozent des Kapitals als Aktien mit Stimmrecht zulegen zu können. Insgesamt werden den Belegschaften weitgehende Vorrechte gewährt, jedoch keine Garantie, ihre Betriebe zu kontrollieren.

Das staatliche Privatisierungsprogramm von 1992 hat für den Zeitraum 1992 bis 1994 sehr anspruchsvolle Ziele anvisiert. Durch den Verkauf von Staatsbetrieben sollten dem Staatshaushalt (zu Preisen vom 1. Jänner 1992, heute muß diese Summe mehrfach multipliziert werden) 1992 92 Milliarden Rubel, 1993 350 Milliarden Rubel, 1994 470 bis 500 Milliarden Rubel zugeführt werden. Die für 1992 hochgesteckten Ziele konnten jedoch selbst bei der „kleinen Privatisierung“ nicht erreicht werden. Insgesamt flossen dem Budget de facto nur 85 Milliarden Rubel

zu, was in laufenden Preisen höchstens ein Zehntel der angestrebten Summe ausmachen dürfte, da die Inflation den realen Gehalt dieser 85 Milliarden gravierend vermindert hat.

Der Anteil der privatisierten Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe betrug landesweit im Oktober 1992 in der Industrie 4 Prozent, im Transport 3 Prozent, im Handel 3 Prozent und im übrigen Dienstleistungssektor 5,4 Prozent. Auch Ende 1992 war die Situation nicht viel anders. Per 1. Dezember 1992 wurden nur 8,5 Prozent der Betriebe des Einzelhandels (nach dem staatlichen Privatisierungsprogramm 60 Prozent), 2,9 Prozent der Gaststätten (50 Prozent) und 7,2 Prozent (60 Prozent) der Betriebe im Bereich der bürgernahen Dienstleistungen privatisiert.

Die Verzögerung der Privatisierung ist durch viele Faktoren verursacht, wobei folgende die wichtigsten zu sein scheinen:

1. Der Mangel an Traditionen und Erfahrungen über den Umgang mit dem Privateigentum und tiefgreifende ideologische Vorurteile ihm gegenüber in der breiten Masse der russischen Bevölkerung.
2. Tangierung der ökonomischen Interessen breiter Schichten, z. B. der Mitarbeiter von Gaststätten, Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben, die durch Betrug an Kunden relativ leicht gutes Geld kassierten; der Angestellten in staatlichen Leitungsorganen und Betriebsverwaltungen, die im Laufe der Privatisierung überflüssig werden, u. a.
3. Die außerordentliche organisatorische und technische Schwierigkeit der Privatisierung, insbesondere der Großbetriebe.
4. Die Eroberung leitender Positionen in der Mehrzahl der Privatisierungsgremien durch die ehemalige Partei- und Staatsnomenklatura, die ihrem Wesen nach kein Vorreiter des Fortschritts sein kann.
5. Der Mangel an Interessenten für die Privatisierung vieler Betriebe, die total veraltet, unrentabel oder gar verlustbringend sind.
6. Politischer Wirrwarr, erbitterter Kampf verschiedener politischer Strömungen auf föderaler, teilrepublikanischer, regionaler und lokaler Ebene, was einer zügigen Ausarbeitung und Verwirklichung konkreter Privatisierungsprojekte im Wege steht.
7. Das Fehlen eines Rechtsstaates, welcher ein entwickeltes Wirtschaftsrecht besäße und damit einer so gewaltigen Umwälzung wie der Privatisierung gewachsen und förderlich wäre.

Es führt jedoch kein Weg an der Privatisierung vorbei, die der russischen Wirtschaft neue, gewaltige Wachstumsimpulse verleihen und damit das heutige Tief überwinden helfen kann.

Ab Anfang 1993 hat sich die Privatisierung merklich belebt, obwohl sie immer noch keinen lawinenartigen Charakter angenommen hat. Bereits in den ersten drei Jännerwochen 1993 hat die Bevölkerung über offene Versteigerungen 1 Prozent (wertmäßig) ihrer Vouchers in Aktien investiert. Es wird erwartet, daß 1993 den 150 Millionen Vouchers im Nominalwert von 1500 Milliarden Rubel etwa die gleiche Menge Aktien privatisierender Betriebe gegenüberstehen wird.

Bisher waren das Ausbleiben der Bodenreform und die totale Verstaatlichung des Bodens eine gewaltige Bremse der Privatisierung. Die

Bodenreform steht immer noch aus. Es gibt jedoch auch auf diesem Gebiet erste Anzeichen einer Vorwärtsbewegung. So gewährt das Gesetz vom 23. Dezember 1992 den Bürgern das Recht, den Boden zu Zwecken der individuellen Nebenwirtschaften (das trifft auf die in der Landwirtschaft ständig Beschäftigten zu), der Wirtschaften bei Ferienhäusern („Datschas“), der Gärtnereien sowie des individuellen Wohnungsbaus zu privatisieren (einschließlich des Verkaufsrechts).

4. Weitere Institutionen der Marktwirtschaft; der Staat

Die weiteren wichtigsten Institutionen in den entwickelten Marktwirtschaften sind bekanntlich der Staat sowie die Einrichtungen für das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit. Solche Einrichtungen haben sich in Rußland bisher nicht herausgebildet, was auch nicht anders sein kann: Die russische Unternehmerschicht ist erst im Entstehen begriffen und noch ziemlich schwach. Die Branchengewerkschaften haben nach wie vor in erster Linie mit verschiedenen staatlichen Ämtern zu tun, wobei die gewerkschaftliche Bewegung – im Gegensatz zu jener in der ehemaligen Sowjetunion – heute sektoral und regional nicht einheitlich, sondern zersplittert ist.

In den nächsten Jahren ist eine Entwicklung in Richtung der Etablierung marktwirtschaftlicher Modelle des Zusammenspiels von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen zu erwarten. Auf unternehmerischer Seite werden sich mit großer Wahrscheinlichkeit schon bis Mitte der neunziger Jahre starke Verbände sektoraler und regionaler Art formieren, eventuell auch ein nationaler Dachverband, dessen Basis z. B. der heutige Industrieverband um Wolski bilden könnte.

Die russischen Gewerkschaften brauchen für die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer objektiv eine Einrichtung wie den ÖGB oder den DGB. Jedoch steht den offensichtlichen Konsolidierungsbestrebungen auf Arbeitgeberseite gegenwertig keine gleichwertige Tendenz auf der Seite der Arbeitnehmer gegenüber. Die Fachgewerkschaften nehmen häufig im Kampf für die Interessen der Arbeitenden in ihrer Branche keine Rücksicht auf die Interessen der Arbeitnehmer in anderen Sektoren. Die objektive Notwendigkeit, dem Staat und dem aufsteigenden Kapital etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen, könnte jedoch in den nächsten zwei bis drei Jahren eine Konsolidierungsbewegung der russischen Gewerkschaften hervorrufen.

Den Traditionen der Sowjetzeit, die tiefe Wurzeln geschlagen haben und von heute auf morgen nicht weg vom Tisch sein können, sowie den Interessen der arbeitenden Menschen in Rußland entspräche in mittelfristiger Perspektive die Herausbildung einer gesellschaftlichen Institution, die der Sozialpartnerschaft in Österreich ähnlich wäre. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung ist aber äußerst gering, eventuell auch gleich Null, denn die heutige politische Führung Rußlands, ausgehend von paläoliberalen ökonomischen Vorstellungen, strebt das

amerikanische Kapitalismusmodell an und hat auf diesem Wege schon viele irreversible Fakten geschaffen.

Die ökonomische Rolle des *Staates* wird von der heutigen politischen Führung Rußlands ebenfalls paläoliberal aufgefaßt, obwohl dieser Begriff offiziell nicht verwendet wird. Die Ursachen dafür liegen m. E. auf der Hand. Erstens spielt eine gewisse – nicht die ausschlaggebende – Rolle die Tatsache, daß die Russen spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg von allen Westländern aus verständlichen Gründen eben die USA am höchsten einschätzen. Dem will man politisch Rechnung tragen.

Zweitens versuchte die russische Führung seit August 1991 zu der Administration von G. Bush enge Verbindungen herzustellen, nicht zuletzt in der Hoffnung, eine solide Wirtschaftshilfe zu erhalten. Das erforderte eine Ähnlichkeit, ja Nähe auch in wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die auf amerikanischer Seite unter den Republikanern ziemlich paläoliberal (neokonservativ) waren.

Drittens orientierte sich die Gaidarsche Regierung an den paläoliberalen Empfehlungen der IWF-Experten und der westlichen Konsulenten vom Schlage eines Jeffrey Sachs.

Viertens waren in der Gaidarschen Mannschaft (und es bleibt auch heute so) fast ausschließlich Praktiker und Theoretiker des „realen Sozialismus“ vertreten, die keine adäquate Vorstellung von der ökonomischen Rolle des Staates in den westlichen Marktwirtschaften haben, ja diese Rolle unterschätzen und de facto dazu tendieren, sie im Sinne des Laissez-faire des vorigen Jahrhunderts zu interpretieren. Die Leute aus der Regierungsmannschaft scheinen nicht einmal mit der berühmterbüchtigten Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ vertraut zu sein, womit in der Sowjetunion der Westen abgestempelt wurde. Bei aller ideologisch-politischen Voreingenommenheit und wissenschaftlichen Unhaltbarkeit dieser Theorie hat sie das Instrumentarium und den Mechanismus der staatlichen Wirtschaftspolitik im Westen ziemlich wirklichkeitsnahe und eingehend beschrieben. Es ist zu hoffen, daß neue Köpfe in der Tschernomyrdin-Regierung, vor allem der Vize-Premier B. Fjodorow – ein sehr guter Kenner des Westens –, in Sachen Marktwirtschaft mehr Kompetenz an den Tag legen werden. Im Jahre 1992 vollzog sich die paläoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik. Die ökonomische Rolle des Staates wurde übermäßig abgebaut ohne kompensierende Regulierungsmechanismen marktwirtschaftlichen Typs auf mikroökonomischer Ebene zu errichten. Es mag unwahrscheinlich klingen, aber Rußland hat heute einen hinsichtlich der ökonomischen Regulierungspotenzen viel schwächeren Staat als alle Westländer, ganz zu schweigen von Schweden, Österreich oder Deutschland.

Inwiefern ist der Staat in Rußland mit marktwirtschaftlichen Regulierungsinstrumenten ausgestattet, vor allem mit finanzpolitischen sowie geld- und kreditpolitischen?

Ab Anfang 1992 wurde in der Finanzpolitik vor allem das Ziel verfolgt, das Defizit des Staatshaushaltes abzubauen. Nach einem kurzfristigen Rückgang des Anteils dieses Defizits am Bruttosozialprodukt im

ersten Vierteljahr ist er danach wieder rapide angestiegen, und das nicht von ungefähr. Der aussichtsreichste Weg zur Lösung des Defizitproblems ist das Wachstum der Produktion und damit der Budgeteinnahmen. Die Regierung hat dagegen den Akzent auf die Einsparungen auf der Ausgabenseite gesetzt und hat es nicht vermocht, die Produktion anzukurbeln. Das kommt in der Steuerpolitik deutlich zum Ausdruck.

Hier ist einerseits positiv zu bewerten, daß die Struktur der Steuern an marktwirtschaftliche Standards angeglichen wurde, jedenfalls bezüglich der Besteuerung der Betriebe (bezüglich der natürlichen Personen fehlt noch eine der Marktwirtschaft adäquate einkommenspolitische Regelung). Andererseits hatte die Steuerpolitik einen ziemlich ausgeprägt fiskusorientierten, „geldaustreiberischen“ und nicht produktionsfördernden Charakter.

Erstens waren die Steuern für die absolute Mehrzahl der Betriebe einfach zu hoch, quasi konfiskatorisch und tödlich. So wurde die Mehrwertsteuer (die Methodik ihrer Erhebung kommt der Umsatzsteuer nahe) mit 28 Prozent festgesetzt, was vielen Betrieben, die mit Absatzschwierigkeiten kämpften, einen schweren Schlag versetzte. Mit der Gewinnsteuer wurde der ganze Gewinn belegt, was Investitionen und die Modernisierung der Produktion drosselte. Zweitens herrschte eine große Steuerunsicherheit, die die Dispositionsfähigkeit der Wirtschaft bedeutend schmälerte. Viele Steuerbeschlüsse hatten einen rückwirkenden Charakter und kamen für die Betriebe völlig unerwartet. Ein typisches Beispiel: Erst im September 1992 wurde das Gesetz über die Veränderungen und Ergänzungen im Steuersystem Rußlands vom 16. Juli 1992 verkündet, welches rückwirkend per 1. Jänner die Regelung der Berechnung und der Zahlung von Steuern veränderte und eine wesentliche Mehrbelastung der Wirtschaft verordnete.

Es ist zu hoffen, daß das Parlament und die Regierung konstruktive Lehren aus den negativen Erfahrungen mit der Steuerpolitik 1992 ziehen werden. Dafür gibt es erste Anzeichen.

Die Mehrwertsteuer wurde für 1993 auf 20 Prozent (ermäßigter Satz für einige sozial wichtige Waren: 10 Prozent) reduziert. Der Anteil dieser Steuer am Bruttoinlandsprodukt wird von 15 Prozent 1992 auf voraussichtlich 11,8 Prozent 1993 zurückgehen. Sehr wichtig ist der Umstand, daß reinvestierte Gewinne nicht mehr besteuert werden sollen, was das Wirtschaftswachstum, die strukturelle Umgestaltung und die allgemeine Modernisierung der Wirtschaft fördern dürfte.

Seit dem Beginn der Wirtschaftsreform Anfang 1992 haben sich in Rußland alle drei Elemente der marktwirtschaftlichen Geld- und Kreditpolitik in Ansätzen formiert. Die Zentralbank Rußlands (ZBR) setzt die Mindestreserven der Geschäftsbanken fest und verändert sie gemäß den Zielsetzungen der staatlichen Wirtschaftspolitik. In der Offenmarktpolitik hat die ZBR bisher Staatsanleihen des Jahres 1991 im Verkehr mit den Geschäftsbanken verwendet, und zwar seit August 1992. Es ist vorgesehen, bereits 1993 noch kurzfristige Schatzwechsel im Normalwert von 340 Milliarden Rubel als Instrument der Offenmarktpolitik zu plazieren.

Eine Diskontpolitik im westlichen Sinne existiert bisher nicht. Es gibt zwar einen offiziellen Diskontsatz, der bis Anfang 1993 80 Prozent betrug. Das ist jedoch kein Zins für die Rediskontierung unternehmerischer Wechsel, wie das im Westen der Fall ist. Es geht de facto um den Zins für Kredite der ZBR an die Geschäftsbanken, die die Liquidität der letzteren wesentlich beeinflussen. Also ist es richtig, nicht vom Diskontsatz, sondern vom Refinanzierungssatz zu sprechen. Eine echte Diskontpolitik kann sich erst dann herausbilden, wenn sich ein entwickelter Markt von unternehmerischen Wechseln mit einem freien Ver- und Ankauf dieser Wertpapiere formieren wird, wovon Rußland noch weit entfernt ist. Das Werden dieses Marktes hängt entscheidend von dem Verlauf der Privatisierung ab, die jedoch, wie oben dargestellt, erst in der Startphase begriffen ist. Die Rolle der ZBR ist bisher unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zur Marktwirtschaft eher negativ als positiv zu bewerten. Dabei ist zweierlei hervorzuheben.

Erstens ist die ZBR der Regierung und dem Parlament praktisch untergeordnet. Unter diesen Bedingungen kann sie keine unabhängige Hüterin des Geldwertes sein, wie das bei den westlichen Banken der Fall ist. Alle Inkonsequenzen und Zickzackbewegungen in der Wirtschaftspolitik der Regierung schlagen auf die ZBR durch.

Zweitens war die ZBR-Politik bisher für das Wirtschaftswachstum nicht förderlich, jedoch für die Inflation auf jeden Fall. Leider ändert sich die Situation nicht zum Besseren. So sieht die Regierungsverordnung über die Regulierung der Inflationsprozesse vom Jänner 1993 vor, daß der jährliche Diskontsatz (d. h., wie oben dargestellt, der Refinanzierungssatz) monatlich zu korrigieren sei. Dabei soll es zu einer neuen Refinanzierungsordnung der Geschäftsbanken kommen, und zwar auf der Grundlage der Kreditauktionen (6). Unter diesen Bedingungen kann man mit Sicherheit erwarten, daß der Refinanzierungssatz steigen wird, nämlich auf das Niveau des Zinses, zu dem die Geschäftsbanken einander Kredite gewähren (120 Prozent zu Beginn 1993). Eine solche Wende würde für das Wirtschaftswachstum nicht stimulierend, sondern abträglich sein.

Es ist nur zu hoffen, daß die in diesem Abschnitt beschriebenen Ungeheimheiten und Unzulänglichkeiten in der staatlichen Wirtschaftspolitik eine vorübergehende „Reformkrankheit“ darstellen und mit dem Ansammeln von Erfahrungen überwunden werden.

5. Vorläufige Ergebnisse und Ausblick

Die Ergebnisse der paläoliberalen und monetaristischen Wirtschaftspolitik der Gaidarschen Regierung waren 1992 erschütternd und verheerend. Den Übergang zur Marktwirtschaft hätte man ganz bestimmt mit geringeren Unkosten und milderer „Geburtswehen“ gestalten können. Da im Moment der Übergabe dieses Artikels an die Redaktion endgültige Angaben des Staatskomitees für Statistik der Russischen Föderation

für 1992 nicht vorlagen, mußte sich der Autor auf diverse vorläufige Schätzungen stützen, die durchaus wirklichkeitsnahe sind und die allgemeinen ökonomischen Trends richtig wiedergeben.

Das Bruttoinlandsprodukt und die Industrieproduktion sind in Rußland 1992 gegenüber 1991 um 15 bis 20 Prozent zurückgegangen. Sehr schwerwiegend ist der Umstand, daß sich die russische Industrie – in qualitativer Hinsicht ohnehin weit davon entfernt, Weltspitze zu sein – weiterhin in dem Sinne verschlechtert hat, daß ihr rohstofforientierter Charakter noch ausgeprägter geworden ist. Das ist aus der nachfolgenden Tabelle 2 ersichtlich, wo die Anteile verschiedener Branchen (in Prozent) an dem Industrieausstoß in laufenden Preisen ausgewiesen sind.

Tabelle 2:

Produktionsanteile der Industriebranchen (in Prozent)

	IV Vj. 1991	Ende 1992
Brennstoff- und Energiekomplex	11,8	25,5
Metallurgie	11,9	20,6
Chemie und Petrolchemie	7,2	9,1
Maschinenbau und Metallverarbeitung	25,3	19,8
Forstwirtschaft und Holzverarbeitung	5,6	4,3
Baustoffindustrie	3,1	2,6
Leichtindustrie	17,1	5,2
Nahrungsmittelindustrie	13,4	9,4
Sonstige	4,6	3,6

Quelle: Kommersant 1 (1993)

Besonders schwerwiegend in sozialer Hinsicht ist der Umstand, daß gerade die konsumnahen Branchen (sie sind im unteren Teil der Tabelle ausgewiesen), die ohnehin schwach entwickelt waren, besonders stark geschrumpft sind.

Der äußerst negative Strukturwandel in der Industrie (z. T. ist er natürlich auf die Veränderung der intersektoralen Preisrelationen infolge der Preisfreigabe zurückzuführen) ist in erster Linie das Ergebnis der fehlenden Strukturpolitik des Staates sowie der kontraktiven monetaristischen Geld-, Kredit- und Finanzpolitik, die vor allem jene Branchen hart getroffen hat, die mit der Außenwirtschaft wenig zu tun haben. Im Gegensatz zu ihnen konnte der stark exportorientierte und Devisen verdienende Brennstoff- und Energiekomplex (d. h. vor allem Öl- und Gastindustrie) relativ „billig“ davonkommen.

Die Preisfrage und die kontraktive monetaristische Politik haben eine akute Investitionskrise ausgelöst, deren Ausmaß ungefähr so groß ist wie

während der Krise 1929/33 im Westen. Gleich im Anschluß an die Preisfreigabe haben sich die Investitionen real halbiert und blieben auf diesem Niveau bis Ende 1992. Die Auslastung der Produktionskapazitäten in diversen Branchen der Industrie betrug Mitte 1991 50 bis 64 Prozent und ist seitdem nicht gestiegen. Unter diesen Bedingungen mußten die meisten Betriebe einen bedeutenden Teil ihres Anlagevermögens verschrotten lassen. Von Jänner bis September 1992 sind die Produktionskapazitäten in der Industrie insgesamt um 7 bis 8 Prozent, darunter im Maschinenbau um 8 bis 10 Prozent, zurückgegangen. Volkswirtschaftlich findet keine Modernisierung statt. Die Investitionskrise verschlechtert drastisch die langfristigen Wachstumschancen Rußlands und schmälert die Chancen, zügig aus der Krise herauszukommen.

Nach Einschätzungen des IWF sind 1992 die Preise in Rußland auf das 14fache gestiegen. Ganz bestimmt ist diese Marke zu „optimistisch“. Es ist in Rußland allgemein bekannt, daß die Großhandelspreise der Industrie 1992 auf mehr als das 50fache gestiegen sind. Setzt man die durchschnittlichen Nahrungsmittelpreise bei 70 grundlegenden Gütern im Dezember 1991 gleich 100, so betrugen sie nach Einschätzung des Zentrums für ökonomische Konjunktur und Prognosen des Wirtschaftsministeriums Rußlands zum 19. Jänner 1993 2163 Punkte: Eine Hyperinflation trat ein.

Neben den Krisenerscheinungen in der Produktion war für die enormen Preissteigerungen auch eine falsche Währungspolitik der Regierung und der ZBR verantwortlich, die eine übermäßige Entwertung des Rubels gegenüber dem US-Dollar verursachte. Das verteuerte die Importe und trieb damit das Preisniveau zusätzlich in die Höhe. So hätten nach einer m. E. wirklichkeitsnahen Einschätzung durch eine der solidesten ökonomischen Wochenzeitungen Rußlands („Kommersant“) bei einer besseren Organisation des Devisenmarktes in Rußland die Preissteigerungen um ein Viertel geringer sein können als die tatsächlichen (7).

Der Lebensstandard der Bevölkerung, der ohnehin nach westlichen Maßstäben niedrig gewesen war, halbierte sich (bestenfalls!) im Laufe des Jahres, wobei die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung sprunghaft zunahm. Neben der Hyperinflation wurde die Verarmung der Hauptmasse der Bevölkerung durch einen schwerwiegenden Rückgang der Nahrungsmittelproduktion (um 25 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenmaximum) verursacht.

Allerdings ist wenigstens für 1993 keine Gefahr des Hungers in Sicht. So war die Getreideernte 1992 um 12 Millionen Tonnen höher als im Vorjahr. Bei Kartoffeln konnte das Niveau von 1991 ungefähr gehalten werden. Allerdings ist die Produktion von Fleisch um 14 Prozent zurückgegangen.

Für 1993 wäre es m. E. eine „optimistische“ Vision, wenn der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und der Industrieproduktion die Marke von 10 Prozent nicht übertreffen und die Arbeitslosenzahl sich in Grenzen von höchstens 5 Millionen halten würde. Die Wiederherstellung des Volumens des Bruttoinlandsprodukts und der Industrieproduktion von

1990 ist bestenfalls an der Schwelle des 21. Jahrhunderts möglich, was jedoch einen Investitionsschwung, eine tiefgreifende Umstrukturierung und Modernisierung der ganzen Wirtschaft voraussetzt. Um diese gewaltigen Aufgaben zu meistern, ist die paläolibérale und monetaristische Wirtschaftspolitik des Staates völlig untauglich. Man braucht eine neue Wirtschaftspolitik, die das Wachstum und die Modernisierung der Produktion fördert, die volkswirtschaftliche Nachfrage stützt und der weiteren Verelendung im Lande entgegensteuert.

In diesem Artikel wurde versucht nachzuweisen, daß die russische Ökonomie den Weg der Marktwirtschaft geht, aber mit vielen Inkonsistenzen, Rückschlägen und schweren Lasten für die Bevölkerung. Sollte im Laufe des Jahres 1993 keine Erholung und 1994 kein Wachstum eintreten, würden die erstaunliche Toleranz und Strapazierfähigkeit der Bevölkerung auf die härteste Probe gestellt werden. Auf alle Fälle ist eine Rückkehr zur Planwirtschaft und zum „Sozialismus“ neostalinistischer Prägung ausgeschlossen. Die alten Strukturen sind zerschlagen und nicht wiederherstellbar. Die Planwirtschaft hat ihre Potenzen ausgeschöpft. Kein Weg führt in Rußland an der Marktwirtschaft vorbei.

Anmerkungen

- 1 Komssomolskaya prawda (10. Jänner 1993).
- 2 Pankov, Vladimir, Die Sowjetunion zwischen Marx und Markt. Eine Herausforderung für den Westen? (Wien 1990) 24.
- 3 Kommersant 1 (1993).
- 4 Finanssowye Iswestija (21.–27. Jänner 1993).
- 5 Zur Privatisierung in Rußland siehe ausführlicher den Artikel des Autors in: Österreichische Osthefte 1 (1993).
- 6 Kommersant 3 (1993).
- 7 Kommersant 1 (1993). Im Rahmen dieses Artikels war es dem Autor nicht möglich, auf die Währungsproblematik und insgesamt auf die Fragen der Außenwirtschaftsreform in Rußland einzugehen. Der Autor gedenkt, dieses Thema in einem speziellen Artikel zu behandeln.